Keupstraße: Mahnmal verzögert sich bis 2026 ج Reker äußert Bedauern

Oberbürgermeisterin Reker informiert über Verzögerungen beim Mahnmal an der Keupstraße, diskutiert Renovierungspläne für Wiener Platz.

Keupstraße, 51063 Köln, Deutschland - In der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim konnte man die Oberbürgermeisterin Henriette Reker antreffen, die über Themen sprach, die den Stadtteil betreffen. Unter anderem standen der Wiener Platz und das zuletzt geplante Mahnmal an der Keupstraße auf der Agenda. Reker kündigte an, dass das Mahnmal, das an die Opfer des NSU-Anschlags erinnert, auch im Jahr 2026 nicht verwirklicht werden kann. Die Gründe dafür liegen in der Verzögerung bei der Standortbeschaffung und den damit verbundenen finanziellen Herausforderungen. Die Stadt gehört nicht der Grundstück, was die Sache kompliziert macht, und somit rechnet Reker nicht damit, dass eine Realisierung vor 2026 möglich sein wird. Auch die steigenden Baukosten machen

das Vorhaben nicht einfacher, da diese im städtischen Haushalt nicht genehmigt werden können. Es besteht zudem Unsicherheit über eine mögliche Interimslösung für das Mahnmal.

Während Ihres etwa 90-minütigen Besuchs in Mülheim brachte Reker auch ihre Besorgnis über den Wiener Platz zum Ausdruck, der als Angstraum gilt und dringend aufgewertet werden muss. In Zusammenarbeit mit verschiedenen sozialen Angeboten sowie einer verstärkten Graffiti-Beseitigung sollen in Zukunft Maßnahmen zur Verbesserung der Platzgestaltung und zu einer erhöhten Sauberkeit ergriffen werden. Geplant ist auch die Schaffung eines Drogenkonsumraums sowie neue Begrünungselemente. Alter und Neubau sowie eine neue Skulptur sollen den Wiener Platz attraktiver machen.

Fortschritte im Mahnmal-Projekt

Ebenfalls von Bedeutung ist die Tatsache, dass die ȣgentes Gruppeȣ als neue Eigentümerin des Grundstücks an der Keupstraße/Schanzenstraße gehandelt wird. Hier wurde bereits eine Bauvoranfrage eingereicht, die von der Stadt Köln als genehmigungsfähig eingestuft wird. Dies könnte der erste Schritt in Richtung einer realistischen Umsetzung des Gedenkens an die NSU-Opfer sein, so die Informationen der Stadt Köln.

Ein Kuratorium, besetzt mit direkt Betroffenen des Anschlags, wird künftig die Inhalte des Denkmals mitgestalten. In einer Ratssitzung am 26. Oktober 2023 wurde diskutiert, welche Filme und Videos gezeigt werden sollen. Sarah Niknamtavin äußerte dabei, dass der NSU in mehreren deutschen Städten gezielt migrantische Menschen angegriffen hat. Diese jüngsten Ereignisse zeugen von einem zunehmenden Interesse daran, die gesellschaftliche Relevanz des Mahnmals zu betonen, während gleichzeitig aufsetzende rassismuskritische Diskurse Raum finden sollen.

Gesellschaftliche Verantwortung

Die Involvierung der Betroffenen in wichtige Entscheidungsprozesse wurde bei der Sitzung als Grundpfeiler für das Projekt hervorgehoben. Die Kölner Politik und die Stadtgesellschaft sind dazu aufgerufen, die Anschläge der Vergangenheit aufzuarbeiten und strukturelle Veränderungen in Angriff zu nehmen. Insbesondere Initiativen wie ȝHerkesin Meydanı ȝ Platz für alleȝ und ȝkeupstraße ist überallȝ zeigen, wie wichtig der Dialog über den Erinnerungsort ist, der der Opfer angemessen Rechnung tragen soll. Es ist höchste Zeit, dass die Kölner Stadtgesellschaft gemeinsam an einem Strang zieht, um das Gedenken an diese schwerwiegenden Vorfälle zu ermöglichen.

Insgesamt bleibt zu hoffen, dass die kommenden Jahre endlich die nötigen Schritte bringen, um das Mahnmal an der Keupstraße zu realisieren und einen Ort zu schaffen, der nicht nur an die Vergangenheit erinnert, sondern auch aktuelle gesellschaftliche Probleme aufgreift.

Details	
Ort	Keupstraße, 51063 Köln, Deutschland
Quellen	• www.ksta.de • www.stadt-koeln.de • www.linksfraktion-koeln.de

Besuchen Sie uns auf: mein-koeln.net